

AUSWERTUNG

KOALITIONSVERTRAG HESSEN

Berlin, 30.01.2024

Am 08. Oktober 2023 wurde in Hessen ein neuer Landtag gewählt. Die CDU konnte sich mit deutlichem Gewinn als stärkste Kraft behaupten und 34,6 % der Stimmen auf sich vereinen (weitere Ergebnisse: AfD: 18,4%, SPD: 15,1 %, Bündnis 90/Die Grünen: 14,8 %, FDP: 5 %). Die Linke verfehlte mit 3,1% den Wiedereinzug in den Hessischen Landtag. Nach der Wahl verständigten sich die CDU und die SPD auf die Bildung einer Koalition. Die Koalition aus CDU und SPD löst somit die vormals schwarz-grüne Landesregierung ab. Der [Koalitionsvertrag](#) mit dem Titel „Eine für Alle“ wurde am 18. Dezember 2023 unterzeichnet.

1. Neue Regierung

Boris Rhein wurde am 18. Januar 2024 erneut zum Ministerpräsidenten gewählt, die Ernennung und Vereidigung der Staatsministerinnen und Staatsminister erfolgte ebenfalls am 18. Januar 2024. Das Kabinett Rhein II besteht aus den folgenden Ministern und Ministerinnen.

Ministerpräsident	Boris Rhein (CDU)
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum	Kaweh Mansoori (SPD)
Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz	Prof. Dr. Roman Poseck (CDU)
Minister der Finanzen	Prof. Dr. Alexander Lorz (CDU)
Minister der Justiz und für den Rechtsstaat	Christian Heinz (CDU)
Minister für Kultus, Bildung und Chancen	Armin Schwarz (CDU)
Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur	Timon Gremmels (SPD)



Ministerin für Digitalisierung und Innovation	Prof. Dr. Kristina Sinemus (CDU)
Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat	Ingmar Jung (CDU)
Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege	Diana Stolz (CDU)
Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales	Heike Hofmann (SPD)
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund	Manfred Pentz (CDU)

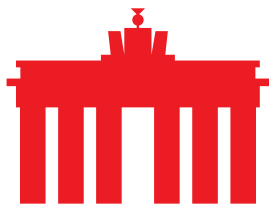
2. Koalitionsvertrag

▪ Digitalpolitik

Im Bereich der Digitalpolitik legt die neue Landesregierung den Fokus auf die Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung und die Entbürokratisierung. Hierfür möchte die Koalition zur Vorbereitung künftiger Entscheidungen in Fragen der Verwaltungsdigitalisierung ein Gremium auf Staatssekretärebene einrichten (§.116). Die Standardisierung gängiger Verfahren möchte man vorantreiben und standardisierte Schnittstellen aus Landesmitteln fördern. Auch die Vielzahl der Gremien, die derzeit mit der Verwaltungsdigitalisierung befasst sind, möchte die Koalition reduzieren und effizienter organisieren. Als Grundlagen für eine digitale Kommunalverwaltung soll eine Digitaloffensive mit den hessischen Kommunen begründet werden. Mit der Initiative „GovLabHessen“ möchte man interdisziplinär und agil kurzfristige, kreative und effektive Lösungen für digitale Vorhaben der Landes- und Kommunalverwaltung fördern (§.58).

Bis zum Ende der Wahlperiode sollen sämtliche Verwaltungsleistungen online verfügbar gemacht und der "Digital-Check" gestärkt werden. Hierfür soll nach dem Beschluss eines Landesgesetzes zügig ein geeignetes IT-Fachverfahren bereitgestellt werden. Die entsprechenden Steuerungsstrukturen, wie die Kompetenzstelle "OZG-Kommunal", sollen zu diesem Zweck ausgebaut werden (§.55).

Das bestehende eGovernment-Gesetz und andere landesgesetzliche Regelungen möchte man zudem anpassen, insbesondere um Schriftformerfordernisse zu reduzieren. Auch wird angestrebt alle individuellen Verwaltungsvorgänge zu einer



Person oder einem Unternehmen in einem digitalen Infoboard anzuzeigen, inklusive des Bearbeitungsfortschritts. Papiernachweise sollen zunehmend durch Registerabfragen ersetzt und die händische Unterschrift durch elektronische ID-Lösungen abgelöst werden (S.56).

Durch ein digitales Verwaltungscockpit soll Verwaltungsarbeit transparent gemacht und zusätzliche Zugänge zur Verwaltung geschaffen werden. Der mobile Zugang zu Verwaltungsleistungen soll über die Hessen App weiter ausgebaut werden (S.57). Bei Bauanträgen möchte man das digitale Verfahren als Standard etablieren (S.122).

Die papierhafte Veröffentlichung soll zugunsten einer zeitgemäßen elektronischen Veröffentlichungsform aufgegeben und der Staatsanzeiger in die für die Digitalisierung des Gesetz- und Verordnungsblattes geschaffene digitale Verkündungsplattform des Landes Hessen eingebunden werden. Künstliche Intelligenz soll in der Verwaltung etabliert werden, wozu geeignete KI-Technologien und -Lösungen für die jeweiligen Einsatzzwecke identifiziert werden sollen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine datenschutzkonforme und diskriminierungsfreie Umsetzung sollen geschaffen werden, und es sollen weitere Fortbildungsangebote für Beschäftigte etabliert werden (S.56).

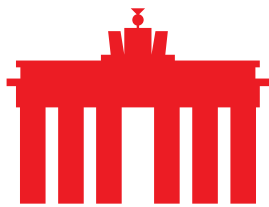
Die Einführung von Cloud-Computing als Basisinfrastruktur wird hoch priorisiert. So soll die hessische Landesverwaltung zukünftig durch Cloud Computing („Cloud-first“) gestützt werden. Dabei möchte man auf eine Multi-Cloud Strategie, die auch Open-Source-Anwendungen berücksichtigt, setzen (S.57).

Durch den Einsatz von Open Data möchte die Koalition Transparenz, Handlungsgrundlagen und Beteiligungsformen stärken. So soll ein Metadatenportal offene Daten für Bürgerinnen und Bürger leichter auffindbar machen (s.120). Über den Bundesrat möchte man sich dafür einsetzen, dass Unternehmen, Behörden und Vereine weiterhin Social-Media-Plattformen, Standardsoftware oder Konferenzsystemen nutzen können (S.52).

Im Bereich der internationalen Digitalpolitik möchte die Koalition insbesondere die Kooperation mit Israel, Kanada, den nordischen Ländern, Ruanda, Südkorea und der Ukraine vorantreiben (S.121).

▪ **Digitale Infrastrukturen**

Den Ausbau leistungsfähiger Gigabitinfrastrukturen sieht die Koalition als Grundvoraussetzung der Digitalisierung sowie die gesellschaftliche Teilhabe. Die Umsetzung der Gigabitstrategie möchte die Koalition vorantreiben und flächendeckend Glasfaseranschlüsse von Wohn- und Gewerbeeinheiten innerhalb von Gebäuden (FTTH) bis 2030 erreichen. Alle Förderbescheide des Bundes möchte die Koalition cofinanzieren. In Ausnahmefällen möchte die Koalition den eigenwirtschaftlichen mit dem geförderten Ausbau verzahnen und Bildung zweckgebundener haushälterischer Rücklagen ermöglichen, um auf lange Umsetzungszeiträume und Plananpassungen reagieren zu können. Auch wird finanziell akut gefährdeten Kommunen eine Beantragung zusätzlicher



Unterstützung ermöglicht (S.117). Die Planungs-, Genehmigungs und Ausbauezeiten der Netze möchte die Koalition verkürzen und die Genehmigungsprozesse mit dem Breitband-Portal vollständig digitalisieren. Eine Verpflichtende Nutzung des Portals wird angestrebt. Darüber hinaus wird ein digitales Assistenzsystem zur Antragsbearbeitung- und -prüfung sowie für die Bescheide angestrebt. Zur Beschleunigung des 5G-Ausbaus werden Klarstellungen im Natur- und Denkmalschutzgesetz und eine einheitliche, zügige Handhabung des Baugenehmigungsverfahrens angestrebt (S.118). Um den Breitband- und Mobilfunkausbau zu beschleunigen, soll das Instrument der Rahmenezustimmung durch Wegebausträger für Glasfasernetzausbau entlang der Verkehrswege ausgeweitet werden (S.122).

Die Koalition strebt an Hessen als ersten Rechenzentrumsstandort für den digitalen Euro zu etablieren. Rechenzentrumsbetreiber, Versorger, Wärmeabnehmer und Kommunen möchte man enger vernetzen. Dies soll durch die Stärkung Rechenzentrumsbüros sowie der Prüfung der Aufnahme im Landesentwicklungsplan unterstützt werden. Auch möchte die Koalition Rechenzentrumsstrukturen investieren, um Quantencomputing und KI zu ermöglichen (S.119).

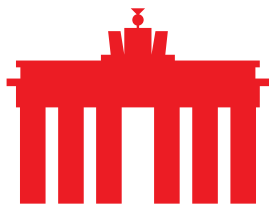
▪ **Förderung der digitalen Wirtschaft**

Die hessische Digitalwirtschaft sieht die Koalition als zentral für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Den Schritt von der Entwicklung zur Anwendung von Zukunftstechnologien wie KI möchte die Koalition in Reallaboren fördern (S.104). Zur Unterstützung der Gründerszene inkl. Dem Cluster „Digitalwirtschaft/IKT-Branche“ möchte die Koalition die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung ausbauen. Auch sollen digitale Gewerbeanmeldung in Hessen künftig innerhalb von 48 Stunden durchgeführt werden können (S.106).

Die Dateninfrastruktur soll als Förderinstrument für Start-ups und KMU verfügbar gemacht werden, um das hessische KI-Ökosystem zu stärken. Auch möchte die Koalition Hessen zu einem führenden Marktplatz für Datentreuhänder entwickeln und den Datentransfer vor allem bei Finanz- und Forschungsdaten sowie für die Digitalwirtschaft entwickeln und insbesondere den Datentreuhänder EuroDaT stärken (S.119).

Das Förderprogramm Distr@I soll weiterentwickelt werden. Die Digitalwirtschaft als Anwenderbranche soll im Rahmen der Umsetzung des Distr@I-Programms unterstützt werden. Als Bestandteil der initiative „Datenkraftwerk Hessen“ möchte die Koalition Reallabore ausbauen und in die Förderlandschaft integrieren. Das „House of Digital Transformation“ (HodT) möchte man als koordinierenden Querschnittsbereich zu allen anderen „Houses of“ bündeln und weiterentwickeln. Die Ansiedlung der Halbleiterproduktion und deren Wertschöpfungskette möchte die Koalition mittels eines Branchendialogs sowie über ein verstärktes Engagement in der „European Semiconductor Regions Alliance“ (ESRA), fördern (S.120).

Zudem möchte sich die Landesregierung für eine Bundesratsinitiative, die die Förderung der Games-Branche in Deutschland steuerrechtliche Vergleichbarkeit mit



den anderen europäischen Staaten bringt, einsetzen. Das Förderprogramm „Games made in Hessen“ möchte man ausbauen und weiterentwickeln (S.182).

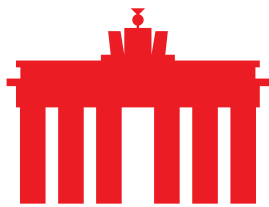
▪ **Innenpolitik**

Zur Schaffung einer "smarten Polizei" möchte die Landesregierung im kommenden Zeitraum relevante Prozesse optimieren und digitalisieren. So soll das Hessische Polizeipräsidium für Technik (HPT) gestärkt, die "Polizei-Cloud" Hessen ausgebaut und finanzielle Mittel für die Fortentwicklung des "INNOVATION HUB 110" bereitgestellt werden. Weiterhin soll die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbehörden Landeskriminalamt (LKA) und HPT intensiviert werden, um Fachlichkeit und Technik besser zu vernetzen. Geplant ist die Schaffung eines innovativen Forensik-Kompetenzzentrums, eines "INFORMATION HUB 110" zur Analysefähigkeitsstärkung und einer "Digital Academy 110". Investitionen in den Ausbau des Digitalfunks, die Netzverdichtung und verstärkte Kooperationen mit Forschungseinrichtungen sind ebenfalls vorgesehen. Die Prüfung einer "Servicestelle zur Entsperrung von beweisrelevanten Datenträgern und IT-Systemen" steht ebenso auf der Agenda (S.37).

Zusätzlich ist geplant, den Datenaustausch zwischen Sicherheitsbehörden zu optimieren und die automatisierte Datenanalyse im Rahmen von Analysewerkzeugen wie HessenDATA zu fördern (S.37-38). Spionage- und Cyberabwehr sowie den Wirtschaftsschutz möchte man kurzfristig ausbauen, um den aktuellen Bedrohungen angemessen zu begegnen (S.38-41). Ein Digitalisierungsprogramm zur Effizienzsteigerung im Verfassungsschutz soll zudem vorangetrieben werden (S.42).

Zur Bekämpfung schwerer Kriminalität soll die Polizei künftig befähigt werden automatisierten Datenanalyse mittels Künstlicher Intelligenz (KI) zu nutzen. Für den Verfassungsschutz sollen Ermächtigungsgrundlagen zur Online-Durchsuchung geschaffen und die Nutzung von KI zur Verarbeitung großer Datenmengen ebenfalls geprüft werden. Insbesondere möchte sich die Koalition dafür einsetzen das auf Bundesebene rechtlichen Möglichkeiten zur IP-Datenspeicherung ausgenutzt, und die Überwachung kryptierter Telekommunikation mittels Server- oder Quellen-TKÜ ermöglicht werden (S.41). Die Koalition möchte zudem einen Gesetzesentwurf zur IP-Adressspeicherung in den Bundesrat einbringen (S.48). Auch soll der Zugang zu privaten audiovisuellen Systemen mit richterlicher Anordnung ermöglicht werden.

Bezüglich der Cybersicherheit soll eine ganzheitliche Resilienzsteigerung vorangetrieben werden. Sowohl das „Hessische CyberCompetenceCenter“ (Hessen3C) als auch die Führungsposition in der hessischen Cyberabwehr sollen finanziell und personell weiter gestärkt werden. Ein Aktionsprogramm zur Erhöhung der Cybersicherheit in den Kommunen möchte man ebenfalls einführen. Die Cyberresilienz soll durch die Erhöhung des Schutzbedarfs zentraler Infrastrukturen und den Ausbau der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)



vorangetrieben werden. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden mit Wissenschaft und Forschung möchte man durch die Einrichtung einer Hessischen Cybersicherheitsplattform intensivieren (S.44).

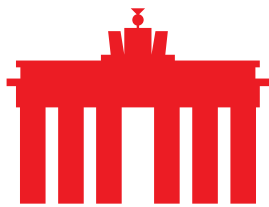
Die Einführung der elektronischen Akte wird weiter vorangetrieben und die Justiz insgesamt digitaler aufgestellt (S.47). Die Nutzung von Künstlicher Intelligenz als Hilfsmittel in der Justiz soll verstärkt werden. Hierfür möchte die Koalition KI-Zukunftsprojekte entwickeln. Die ZIT (Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität) möchte man personell aufstocken und ihre Kooperation mit anderen Cybercrime-Staatsanwaltschaften stärken (S.48).

Zum Schutz der kritischen Infrastruktur (KRITIS) soll ein Sicherheitsmanagement entwickelt werden und den Kommunen ein Resilienziegel „KOMPASS PLUS“ nach dem Vorbild der KOMPASS-Sicherheitsinitiative angeboten werden (S.54).

▪ **(Weiter-)Bildung/Forschung**

Die Koalition setzt sich zum Ziel ein digitales Schulprogramm zur Unterrichts-, Stundenplan- und Vertretungsverwaltung zentral zu beschaffen und bereitzustellen. Um einen hybriden oder digital unterstützten Unterricht zu ermöglichen, möchte die Landesregierung zudem digitale Lernräume schaffen. Auch ist der Aufbau einer komplett digitalen Pilotschule geplant, und die Sicherstellung digitaler Endgeräte ab der 7. Klasse sowie für Lehrkräfte soll erfolgen (S.10). Das Schulfach "Digitale Welt" soll flächendeckend eingeführt werden, Informatik möchte die Koalition als Schulfach stärken. KI- oder AR-basierte Lehr- und Lernmethoden sollen erprobt werden, und verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte im Bereich Medienbildung sollen eingeführt werden (S.10-11). Zudem möchte man durch den Ausbau von Schülerforschungszentren den Einsatz von KI in Schulen forcieren (S.13).

Die Digitalisierung der Hochschulen soll zukünftig dauerhaft finanziell durch eine eigene Abbildung in der Grundfinanzierung unterstützt werden. Ein Programm HEUREKA DIGITAL soll eingeführt werden, um die digitale Infrastruktur an Hochschulen zu stärken und langfristig den Innovationsraum zu sichern (S.23). Mit dem Digitalpakt Hochschule möchte die Koalition in den kommenden Jahren insbesondere den Ausbau der Hochleistungsrechnerinfrastruktur vorantreiben (S.24). Zur Förderung der "Digital Literacy" an Hochschulen möchte die Landesregierung ein "Zentrum für Bildung in der Digitalen Welt" aufbauen. Ein gemeinsames hessisches Hochschulportal auf Cloudbasis soll eingerichtet werden. Die Einführung einer landesweit einheitlichen StudiApp soll die Studienorganisation und -information verbessern (S.26). Auf Bundesebene soll sich weiterhin dafür eingesetzt werden, dass Studierende in Zukunft digitale Lerninhalte rechtssicher, unbürokratisch und kostenfrei nutzen können und der Zugang zu urheberrechtlich geschützten Schriftwerken unkompliziert möglich ist (S.27). Mittels der Ansiedlung von außerschulischen Lernorten, wie z. B. TUMO-Zentren, will die Koalition die Innovationskraft Hessens stärken und dem IT-Fachkräftemangel entgegenwirken (S.114). Das hessische Ökosystem für KI-Forschung, insbesondere "hessian.AI", das nachhaltige KI-Innovationslabor, das eigenständige "Zentrum für



verantwortungsbewusste Digitalisierung" (ZEVEDI), das "AI-Quality & Testing Hub" (AIQ) und das "Zentrum für Angewandtes Quantencomputing" (ZAQC), soll konsequent weiterentwickelt werden. Dabei ist ein stufenweiser Ausbau von "hessian.AI" und dem ZAQC vorgesehen (S.120). Die Cybersicherheitsforschung möchte die Koalition in Hessen ausbauen (S.109).

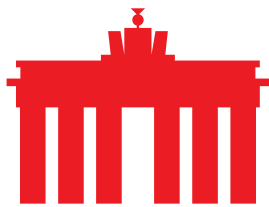
▪ Sonstiges

Des Weiteren möchte die neue Landesregierung Medienkompetenzen ausbauen und in ein landesweites Konzept der Medienkompetenzförderung integrieren (S.173). Eine bundeseinheitliche Strategie zum Datenschutz in Schulen strebt die Koalition an, um insbesondere den Einsatz von Informationstechnik aus europäischer und westlicher Produktion zu stärken (S.51). Auch möchte man Standards in der IT-Sicherheit der Landesverwaltung festlegen. Hierfür soll ein Hessischer Informationssicherheitsrat eingerichtet werden (S.44). Zudem soll Das Bewusstsein der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung für Informationssicherheit und Fähigkeiten zum Low-Coding möchte man fördern. Zudem sollen IT-Fachkräfte gezielt ausgebildet und angezogen werden (S.57). Auch soll die Landesverwaltung als vorbildlicher Arbeitgeber die Ziele der IT-Barrierefreiheit verfolgen (S.56).

3. Einschätzung und Bewertung

Die im Koalitionsvertrag formulierten Vorhaben zeigen überwiegend eine positive Ausrichtung auf Digitalisierung, Verwaltungseffizienz und Technologieinnovation. Maßnahmen wie die Verwaltungsdigitalisierung, Gigabitausbaubeschleunigung und querschnittliche Fokussierung auf künstliche Intelligenz sind sinnvoll. Aspekte wie der Einsatz von Trojanern und die geplante Vorratsdatenspeicherung sind hingegen sehr problematisch. Insgesamt spiegelt die Gesamtbewertung jedoch eine konstruktive Ausrichtung auf die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung wider, die jedoch im Detail weiter ausgearbeitet und abgestimmt werden sollten.

Die Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung ist dringend geboten und somit positiv zu bewerten. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich dieses Versprechen in die Tat umsetzen lässt, insbesondere da die digitale Verwaltung in Abstimmung mit den anderen Ländern bundesweit auf einheitliche Lösungen zurückgreifen sollte. In diesem Kontext sollten EfA-Lösungen genutzt werden, weswegen die Schaffung von standardisierten Schnittstellen zu begrüßen ist. Auch sollten, wo möglich, Verwaltungsvorgänge medienbruchfrei digitalisiert werden und Schriftformerfordernisse entfallen. Die Nutzung von eID-Lösungen ist hier der richtige Weg. Daten der öffentlichen Hand sollten grundsätzlich offen zur Verfügung gestellt werden. Hier bräuchte es ein Recht auf Open Data, was im derzeitigen



Open-Data-Gesetz nicht vorgesehen ist. Hier sollte nachgeschärft werden, auch im Hinblick auf Ausnahmetatbestände für öffentliche Unternehmen.

Das Ziel der Gigabitausbaubeschleunigung ist positiv. Insbesondere das Anliegen der Planungs-, Genehmigungs- und Ausbaubeschleunigung, unter anderem mittels vollständiger Digitalisierung der Antragstellung im Rahmen des Breitbandportals, ist zu begrüßen. Auch Klarstellungen im Natur- und Denkmalschutzgesetz zugunsten eines beschleunigten 5G-Ausbaus sind positiv. Ebenso begrüßenswert sind geplante Investitionen in Rechenzentren. Jedoch sollten die Vorhaben zur Stärkung der Rechenzentrumsinfrastruktur weiter konkretisiert werden. Denn um Hessen als Standort für den Digitalen Euro zu etablieren, bedarf es einer gezielten Stärkung des Rechenzentrumsstandortes.

Es ist positiv, dass die Koalition KI als wichtige Zukunftstechnologie erkannt hat und hier einen Schwerpunkt setzt. Gerade der Transfer von Wissen und Innovationen aus der Forschung in die Wirtschaft muss verbessert werden. Dazu gehört auch, dass die Gründung und Finanzierung von KI-Start-ups einfacher werden muss. Es ist außerdem erfreulich festzustellen, dass die Koalition der umfassenden Bedeutung der Digitalisierung im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung angemessene Beachtung schenkt.

Die Ansätze zur Bekämpfung von Internetkriminalität können im Wesentlichen als pragmatisch eingestuft werden. Die Aufstockung der ZIT, die Schaffung einer Cloud zur verbesserten Polizeiarbeit und die Stärkung der Resilienz auf personeller Ebene sind sinnvolle Ziele, die zu einer allgemeinen Verbesserung der öffentlichen Sicherheit im digitalen Raum führen. Bei der Planung eines Resilienzsiegels bleibt abzuwarten, wie dies mit der auf Bundesebene vorgesehenen Neuordnung der IT-Sicherheitsgesetzgebung zusammenspielt. Sehr problematisch hingegen sind die Überlegungen zum Einsatz von Trojanern und die geplante Initiative zur Vorratsdatenspeicherung. Diese Pläne stehen im Widerspruch zur stehenden Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts sowie zur laufenden Gesetzgebung auf Bundesebene.

Die Umsetzung von Konzepten für Digitale Bildung an Schulen sowie zur Digitalisierung des Bildungswesens ist positiv. Die flächendeckende Einführung eines dedizierten Schulfaches „Digitale Welt“ ist ein wichtiger Schritt, um einen souveränen Umgang mit IT zu ermöglichen und digitale Kompetenz frühestmöglich zu fördern. Es ist wichtig, dass Menschen zu einem souveränen Umgang mit künstlicher Intelligenz befähigt werden, um auf die zukünftige Arbeitswelt vorbereitet zu sein. Daher ist es gut, dass die Vermittlung von KI-Kompetenzen bereits in der Schule geschehen soll. Daneben sollte das Thema KI auch in Berufsschulen verstärkt in den Fokus rücken. Die Forschung im Bereich KI muss zudem ausgebaut werden, damit Deutschland hier weiterhin in der Spitzengruppe bleibt. Die vorgeschlagenen Initiativen gehen daher in die richtige Richtung, müssen aber mit den entsprechenden Initiativen auf Bundesebene verzahnt werden.



VERBAND DER INTERNETWIRTSCHAFT E.V.



Über eco: Mit rund 1.000 Mitgliedsunternehmen ist eco (www.eco.de) der führende Verband der Internetwirtschaft in Europa. Seit 1995 gestaltet eco maßgeblich das Internet, fördert neue Technologien, schafft Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien. eco hat Standorte in Köln, Berlin und Brüssel. eco setzt sich in seiner Arbeit vorrangig für ein leistungsfähiges, zuverlässiges und vertrauenswürdiges Ökosystem digitaler Infrastrukturen und Dienste ein.